

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 17. Juni 2024
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

P 34 Postulat Arnold Robi und Mit. über sind die strategischen Arbeitsgebiete im Kanton Luzern noch zeitgemäss? / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Robi Arnold hält an seinem Postulat fest.

Robi Arnold: Das Strategische Arbeitsgebiet (SAG) in Reiden ist nicht der einzige Fruchtfolgeflächenvernichter, sondern es geht auch um die Flutmulde Hochwasserschutz vom Houbbach und den Freihaltekorridor des Wildtierkorridors über die Autobahn. Dabei geht es nicht nur um 20 Hektaren Fruchtfolgeflächen (FFF), sondern wir sprechen von einer mindestens doppelt so grossen FFF, und das nur in der Gemeinde Reiden. Dem nicht genug, denn nun soll auch noch das Wauwiler Moos teilweise geflutet werden, somit sollen noch mehr FFF geopfert werden. Trotzdem heisst es in der Stellungnahme der Regierung, dass man der Ernährungssicherheit im neuen Richtplan Rechnung tragen wolle. Die sogenannten Aufwertungsflächen, also Bodenverbesserungen, sind für mich Augenwischerei, um das Gewissen zu beruhigen. Ich hätte gerne gewusst, wie viele zusätzliche Flächen durch diese Aufwertungen tatsächlich entstehen. Meines Erachtens wurden diese Flächen heute schon landwirtschaftlich genutzt, also entsteht kein Quadratzentimeter neuer Boden. Wenn unserem Regierungsrat schon so viel daran liegt, in Jahr 2050 das Netto-null-Ziel zu realisieren, kann niemand verstehen, dass mitten in der Landschaft ein neues Industriegebiet aus dem Boden gestampft werden muss, das nur über die Strasse erschlossen werden kann. Reiden hat eine bestehende, an die SBB angeschlossene Industriezone. In diesem Gebiet könnten die SBB sowie der sich unmittelbar in der Nähe befindende Autobahnanschluss Reiden genutzt werden. Somit könnte eine sinnvolle Erschliessung mit Anbindung an die SBB erfolgen und somit auch ein Beitrag zum Netto-null-Ziel bis 2050. Das Postulat behandelt ein zentrales Anliegen der Luzerner Landwirtschaft. Aus meiner Sicht ist die Stellungnahme des Regierungsrates unbefriedigend. Das Anliegen, Alternativen für die SAG zu prüfen, wird nicht erfüllt. Die Kompensation von FFF ist nur bedingt zielführend, da die Fruchtbarkeit der aufgewerteten Böden über Jahre vermindert bleibt. Um im Rahmen der laufenden Richtplanrevision zu prüfen, ob auch die Standorte ohne Auswirkungen auf FFF geeignet sind, ersuche ich Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

Martin Birrer: Die SAG sind für den Kanton Luzern ein wichtiges Mittel, um im interkantonalen Wettbewerb attraktiv zu bleiben. Mit der Revision des Richtplans werden auch diese Gebiete neu überprüft. Mit der Reduktion auf drei SAG zeigt man klar auf, etwas gegen den Landverschleiss tun zu wollen. Die SAG sind für den Kanton, aber auch für die

Luzerner Wirtschaft ein wichtiges Instrument, um in gewissen Situationen handlungsfähig zu bleiben. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat grossmehrheitlich ab. Aus meiner Sicht ist ein Teil der Stellungnahme störend: Mit Bodenverbesserungen auf FFF macht man etwas und denkt, man mache etwas Gutes. Seien wir doch ehrlich: Auch Bodenverbesserungen irgendwo im Kanton bringen das beste Kulturland nicht zurück. Verbautes Land ist weniger Land.

Simon Howald: Boden ist ein knappes Gut. Aufgrund verschiedenster Bedürfnisse benötigen wir die begrenzte Fläche unseres Landes. Durch die Zunahme der Bevölkerung wird dieser Nutzungsdruck in den nächsten Jahren weiterhin zunehmen. Dadurch braucht es noch mehr Abwägungen zwischen den verschiedenen Ansprüchen. Der GLP-Fraktion ist der Schutz der FFF wichtig. Es geht dabei um die Sicherstellung unserer Ernährungsgrundlage. Ausserdem müssen wir auch die Lebensgrundlage der kommenden Generationen gewährleisten. Die Steigerung des Selbstversorgungsgrades ist aus unserer Sicht sinnvoll. Wir sehen in diesem Bereich bei der nachhaltigen Ernährung einen Hebel, das heisst Fleischprodukte mit Mass konsumieren und vermehrt auf pflanzenbasierte Nahrungsmittel setzen. Dadurch könnten wir den knappen Boden effizienter nutzen und den Selbstversorgungsgrad erhöhen. Für die GLP-Fraktion sind andererseits die Ansiedlung von neuen Unternehmen und die Wachstumsmöglichkeiten für erfolgreiche, bereits ansässige Firmen ebenfalls essenziell, um der regionalen Wirtschaft den notwendigen Spielraum zu geben, damit wir nicht zuletzt unseren Wohlstand weiterhin sichern können. Es erscheint uns wichtig, dass bei einer Beanspruchung von FFF ein mindestens flächen- und qualitätsgleiches Kompensationsprojekt durchgeführt wird. Das Vorgehen gemäss Regierungsrat erachten wir als sinnvoll und zielführend. Wir müssen Kompromisse eingehen und sie im kantonalen Richtplan im Rahmen der Gesamtrevision diskutieren und festhalten. Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Peter Fässler: Ich kann sehr gut verstehen, dass Robi Arnold sich grosse Sorgen um die FFF des Kantons Luzern macht. Nur scheint mir seine Sorge respektive die seiner Partei um diese Flächen sehr selektiv zu sein. Ich frage mich schon, weshalb sie ihn immer nur zum Thema der strategischen Arbeitsgebiete plagt. Meine Sorgen und die der SP-Fraktion um den Fruchtfolgefächerverlust sind auch vorhanden. Sie gelten aber in erster Linie den vielen aufgegleisten Strassenbauprojekten im Kanton und in der Schweiz. Der Ausbau der A1 auf sechs Spuren zwischen Luterbach und Härkingen auf einer Länge von knapp 22 Kilometern zum Beispiel betrifft 124 Eigentümerinnen und Eigentümer mit 377 Parzellen bester landwirtschaftlicher Flächen, und auch der Kulturlandschutz beim geplanten Schwerverkehrsraum auf der A2 zwischen Neuenkirch und Rothenburg, den die Mehrheit der SVP-Fraktion ablehnte, benötigt Flächen. Auch beim Luzerner Bypass-Projekt geht es nicht ohne Verlust von Landwirtschaftsflächen. Wo bleibt da der Aufschrei der Mitglieder der ehemaligen Bauernpartei? Doch nun wieder zur Sache: Der Kanton Luzern als Landwirtschaftskanton ist sich sehr wohl der grossen Bedeutung der FFF bewusst. Das zeigt sich gerade auch jetzt wieder bei der Gesamtrevision des kantonalen Richtplans, wo grosser Wert auf diese Flächen gelegt wird. Der Kanton Luzern braucht jedoch nicht nur die Landwirtschaft mit ihren etwa 5 Prozent der Beschäftigten. Der Kanton Luzern ist in grösserem Ausmass auf Dienstleistungs-, Gewerbe- und Industriebetriebe angewiesen. Gerade die SAG können zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort Kanton Luzern beitragen, ohne dass dieser dauernd die Steuern senken muss. Die Stellungnahme des Regierungsrates zeigt ja auch auf, dass die verlorenen FFF anderweitig sehr wohl kompensiert werden können. Das Miteinander von Landwirtschaft und Industrie wird auch von einem grossen Teil der Bevölkerung des Kantons Luzern mitgetragen. Das zeigte die Abstimmung zur Volksinitiative «Luzerner Kulturlandschaft», deren Gegenentwurf im Jahr 2020 vom Stimmvolk angenommen

wurde. Damit wurden klarere Regelungen für das Bauen und für die Nutzung von Flächen ausserhalb von Bauzonen aufgestellt, und der Schutz des Bodens und der FFF werden im Gesetz stärker verankert und hervorgehoben. Daher lehnt die SP-Fraktion dieses Postulat mehrheitlich ab.

Laura Spring: Der Grünen Fraktion ist es wichtig, die FFF immer zu schützen, unabhängig davon, ob Strassen oder SAG darauf gebaut werden sollen. Ich möchte aber daran erinnern, dass die SVP-Fraktion das Postulat P 1103 über den Kulturlandschutz beim geplanten Schwerverkehrsraum auf der A2 ebenfalls erheblich erklärt hat. Es stimmt also nicht, dass die SVP FFF nur selektiv schützt. Der Schutz des Kulturlands war bereits vor dem Angriffskrieg auf die Ukraine sehr wichtig. Die Luzerner Bevölkerung hat dem Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Luzerner Kulturlandschaft» bereits vor diesem Krieg zugestimmt. Somit steht die Regierung in der Pflicht, auch die SAG zu überprüfen und nach anderen Lösungen zu suchen, vor allem was die Nutzung der bestehenden versiegelten Flächen betrifft. Wenn auf FFF gebaut werden soll, müssen diese kompensiert werden. Einige Vorredner haben sich bereits dazu geäussert, ich kann mich ihren Aussagen zu 100 Prozent anschliessen. In der Schweiz verlieren wir jede Sekunde 1 Quadratmeter Landwirtschaftsfläche. Es ist also ein wichtiges Anliegen der Landwirtschaft, aber auch der zukünftigen Generationen. Diese Flächen werden in Zukunft noch sehr viel wertvoller sein als heute. In der Vernehmlassung zum Richtplan haben die Grünen auf ein weiteres Problem hingewiesen, nämlich dass der Kanton explizit als Strategie formuliert, dass er in den SAG und den Entwicklungsgebieten Einzonungen von Arbeitszonen vornehmen möchte, ohne dass konkrete Projekte vorliegen. Das widerspricht jedoch der Idee der bundesrechtlichen Raumplanung und dem Bauzonenbedarf. Die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen und Freiräume sollten erhalten bleiben und die vorhandenen Siedlungs- und Reserveflächen besser genutzt werden. In diesem Sinn ist die Stellungnahme des Regierungsrates unbefriedigend. Wir wollen die Böden für die Ernährung und die Biodiversität und für die langfristige Entwicklung der kantonalen Landschaftsräume sichern. Die Entwicklung sollte auf bestehenden Siedlungsgebieten stattfinden. Die Grüne Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu.

Thomas Grüter: Manchmal schlagen zwei Herzen in einer Brust. Das trifft bei mir zu. Ich stehe hier persönlich zwischen der Produktionsgrundlage der Landwirtschaft und der Zukunftsentwicklung der Luzerner Wirtschaft. Die Frage, ob SAG noch zeitgemäss oder am richtigen Ort sind, ist sicher erlaubt. Es geht auch um FFF, bestes Kulturland, das für teures Geld an einem anderen Ort aufgewertet werden muss. Irgendjemand bezahlt immer dafür. Der kantonale Richtplan sei in diesem Punkt zu ändern, und die SAG seien zu streichen, so lautet die Forderung des Postulats. Auf der anderen Seite stelle ich fest, dass drei SAG und fünf Entwicklungsschwerpunkte (ESP) bereits im bestehenden Richtplan enthalten sind. Das Problem lag darin, dass diese Flächen bei Interesse einer Käuferin oder eines Käufers nicht innert nützlicher Frist zur Verfügung standen. Die Parzellen müssen bezüglich Raumplanung, Bewilligung, Gemeindeversammlung usw. so bereitgestellt werden, dass sie unmittelbar zur Verfügung stehen. Mit Arbeitsplätzen, Steuerzahlenden und wirtschaftlichen Impulsen wird für die Ansiedlung argumentiert. Das haben wir auf Stufe Gemeinde ebenfalls so getan. In Wahrheit wird aber eine zehnjährige Steuererleichterung ausgehandelt, bei 50 neuen Arbeitsplätzen wohnen vielleicht zwei bis drei Mitarbeitende in der Nähe und, wenn es hoch kommt, ein Kadermitglied im grösseren Umkreis. Wenn das Steuereinkommen abgelaufen ist, wird umgezogen. Lego Willisau und Armacell Pfaffnau sind nur zwei Beispiele. Die Mitte-Fraktion will aber richtig verstanden werden: Auch die Wirtschaft will wachsen und hat ein grosses Interesse daran, sich weiterzuentwickeln. Wir sind voneinander abhängig. Aber der Naturboden kann nur einmal überbaut werden. Vielleicht sollten wir im Richtplan die

Hürden in allen Belangen für Erstüberbauungen in einem solchen Ausmass etwas höher legen. Ich glaube – und das ist meine persönliche Meinung – Lagerhallen mit 5000 Plätzen für Paletten, fünf Stapelfahrer und zwei Büroangestellte müssen im Kanton Luzern der Vergangenheit angehören. Es darf aber nicht so weit gehen, dass Investoren schlussendlich einen Rückzieher machen. Mit höheren Hürden wären wir auf dem gleichen Stand, wie man ihn von der Landwirtschaft verlangt. Das ist unter anderem der Grund dafür, dass sich die Landwirtschaft gegen solche Ausmasse wehrt. Auch sie möchte sich weiterentwickeln, die Hürden sind aber bald nicht mehr zu bewältigen. Wenn gleichzeitig in Reiden Bauland ausgezont werden muss, ist es doppelt so schwierig, alles zu begreifen. Unter den gegebenen Umständen und im Rahmen der derzeitigen Richtplanrevision dürfen wir uns fragen, was unsere Nachkommen in 30 Jahren noch einzonen wollen. Stillstand wäre Rückschritt, wir müssen uns die Frage stellen, wie schnell der Fortschritt gehen soll. Die Mitte-Fraktion steht grossmehrheitlich hinter den SAG im Richtplan und lehnt daher das Postulat grossmehrheitlich ab.

Roland Küng: Erlauben Sie mir, die Sicht der Gewerbe- und Wirtschaftsvertretung der SVP-Fraktion darzulegen. Das Postulat gab bei uns intensiv zu diskutieren. Über die ESP müssen wir nicht diskutieren, denn es geht um die SAG. Ich durfte zusammen mit Robi Arnold einen Augenschein von der Situation in Reiden nehmen. Obwohl mein Herz für die Wirtschaft schlägt bin ich der Ansicht, dass man in diesem Fall nochmals über die Bücher gehen und prüfen sollte, ob es keine besser geeigneten Alternativen gibt. Wir haben nicht wie Roger Erni von der FDP den Anspruch, Leader in der Verbindung zwischen Landwirtschaft und Gewerbe zu sein. Ich bitte Sie aber, sich das Ganze nochmals zu überlegen. Mit der Überweisung des Postulats verbauen wir uns nichts, sondern es könnte ein Kompromiss zwischen Landwirtschaft und Gewerbe geschmiedet werden.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Der kantonale Richtplan wird aktuell einer Gesamtrevision unterzogen. Dabei werden auch die drei SAG und die fünf ESP überprüft. Die Forderung des Postulanten lautet: «Der Regierungsrat wird beauftragt, neue Lösungsansätze zu prüfen und den Richtplan entsprechend zu ändern.» Es ist klar, dass man damit vom SAG Reiden Abstand nehmen will. Soweit will die Regierung aber nicht gehen. Ziel ist es, aus diesen acht Gebieten die weiteren Gebiete zu evaluieren und vorzubereiten, damit in Zukunft eine Nutzung möglich wäre, auch eine wirtschaftliche. Mir ist es klar, dass es hier um einen Zielkonflikt zwischen Wirtschaft und Landwirtschaft geht. Ich höre immer wieder, dass die Landwirtschaft auch ein Teil der Wirtschaft sei. Letztlich ist es aber so, dass wir den Boden nicht vermehren können und das Kantonsgebiet so gross bleibt, wie es ist. In diesem Zielkonflikt befinden wir uns nun: Sollen wir diesen Boden für ein wirtschaftliches Wachstum einsetzen, das mit vielen Arbeitsplätzen und einem volkswirtschaftlichen Nutzen verbunden ist? Oder sollen wir den Boden weiterhin der Landwirtschaft zur Verfügung stellen? Die kantonale Stimmbevölkerung hat mit der Annahme des Gegenvorschlags zur Kulturlandschaftsinitiative entschieden, das Kulturland stärken zu schützen, aber die wirtschaftliche Entwicklung mit den FFF-Kompensationen weiterhin zu ermöglichen. Wenn man heute FFF beansprucht, muss man diese kompensieren. Der Boden kann zwar nicht vermehrt werden, aber es müssen andere Flächen, die durchaus auch landwirtschaftlich genutzt werden können, zu sogenannten FFF aufgewertet werden. Wir können zwar nicht zusätzlichen Boden schaffen, aber eine bessere Qualität. So hat es die Stimmbevölkerung entschieden. Das stellt höhere Anforderungen an diese Einzonungen und verteuert den Bedarf dieses Landes für die Wirtschaft, die Wohnbauten usw. Es handelt sich also um einen Kompromiss. Wir müssen entscheiden, wo wir der Wirtschaft Land zur Verfügung stellen wollen, damit Ansiedlungen von wichtigen und volkswirtschaftlich

bedeutenden Betrieben im Kanton Luzern möglich sind. In diesem Sinn bitten wir Sie, das Postulat abzulehnen. Der Kanton Luzern will auch für die Wirtschaft weiterhin ein attraktiver Standort sein für Betriebe, die sich hier ansiedeln wollen, volkswirtschaftlich relevant sind und viele Arbeitsplätze schaffen. Deshalb müssen wir dieses Land auch zur Verfügung stellen können. Dazu sind die drei SAG vorgesehen. Natürlich gibt es auch andere Standorte, aber an jedem kann es zu Schwierigkeiten kommen. In Reiden ist die Lage so, dass der Autobahnanschluss sehr nahe ist. Die Situation mit den Grundeigentümern gestaltet sich zudem einfach, denn sie müssen ebenfalls einverstanden sein. Deshalb denken wir, dass diese Idee weiterverfolgt werden sollte.

Der Rat lehnt das Postulat mit 67 zu 38 Stimmen ab.